

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
Geschäftsstelle der Berliner Härtefallkommission



Bericht über die Tätigkeit
der Berliner Härtefallkommission
im Jahr 2025

Herausgeber:
Senatsverwaltung für Inneres und Sport
Geschäftsstelle der Härtefallkommission
Klosterstr. 47, 10179 Berlin
HFK@SenInnSport.berlin.de

Inhalt

Vorwort	3
1. Die Härtefallkommission des Landes Berlin	4
1.1. Zusammensetzung der Härtefallkommission und Antragstellung	5
1.2. Die Geschäftsstelle der Härtefallkommission	6
1.2.1. Zulässigkeitsprüfungen	6
1.2.2. Vorbereitung der Kommissionssitzungen	8
1.3. Beratung und Votum der Härtefallkommission	8
1.4. Entscheidung der Senatorin für Inneres und Sport	10
2. Statistik	10
2.1. Zahlenüberblick 2005-2025	10
2.2. Anträge und Erledigungen in 2025	11
2.3. Strukturelle Erkenntnisse zum Personenkreis der Antragsteller/-innen	13
Danksagung	14
Anlage 1 - Mitglieder der Härtefallkommission (Stand: April 2026)	15
Anlage 2 - Ablauf eines HFK-Verfahrens	16
Anlage 3 - Statistik Herkunftsländer	17

Vorwort

Im Januar 2005 hat die auf Grundlage von § 23a des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) eingerichtete Härtefallkommission des Landes Berlin ihre Arbeit aufgenommen. Seit nunmehr über einundzwanzig Jahren richtet sie sich an Menschen mit Migrations- oder Fluchthintergrund, die in Berlin keine Aufenthaltserlaubnis nach einer anderen Rechtsgrundlage als § 23a AufenthG erhalten können und deren bevorstehende Aufenthaltsbeendigung zu einer besonderen persönlichen oder humanitären Härte führen würde. Die Härtefallkommission prüft in einem mehrstufigen Verfahren, ob eine weitere Aufenthaltsgewährung ausnahmsweise gemäß § 23a AufenthG – entgegen den sonstigen im Aufenthaltsgesetz enthaltenen gesetzlichen Vorschriften – geboten erscheint.

Der Tätigkeitsbericht wendet sich an die allgemeine Öffentlichkeit, insbesondere an die Kommissionsmitglieder sowie an die Beauftragte für Integration und Migration des Senats von Berlin, die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung, die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege, die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz, die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie sowie an die Organisationen der Zivilgesellschaft. Sein Ziel ist es, über Grundlagen und Ergebnisse der Arbeit der Berliner Härtefallkommission zu berichten.

1. Die Härtefallkommission des Landes Berlin

Die Länder werden durch § 23a AufenthG ermächtigt, auf Landesebene durch Verordnung eine Härtefallkommission einzurichten und auf deren Ersuchen in Härtefällen Aufenthaltserlaubnisse an vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer zu erteilen.

§ 23a AufenthG (Aufenthaltsgewährung in Härtefällen) lautet wie folgt:

„(1) Die oberste Landesbehörde darf anordnen, dass einem Ausländer, der vollziehbar ausreisepflichtig ist, abweichend von den in diesem Gesetz festgelegten Erteilungs- und Verlängerungsvoraussetzungen für einen Aufenthaltstitel sowie von den §§ 10 und 11 eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird, wenn eine von der Landesregierung durch Rechtsverordnung eingerichtete Härtefallkommission darum ersucht (Härtefallersuchen). Die Anordnung kann im Einzelfall unter Berücksichtigung des Umstandes erfolgen, ob der Lebensunterhalt des Ausländers gesichert ist oder eine Verpflichtungserklärung nach § 68 abgegeben wird. Die Annahme eines Härtefalls ist in der Regel ausgeschlossen, wenn der Ausländer Straftaten von erheblichem Gewicht begangen hat oder wenn ein Rückführungstermin bereits konkret feststeht. Die Befugnis zur Aufenthaltsgewährung steht ausschließlich im öffentlichen Interesse und begründet keine eigenen Rechte des Ausländers.

(2) Die Landesregierungen werden ermächtigt, durch Rechtsverordnung eine Härtefallkommission nach Absatz 1 einzurichten, das Verfahren, Ausschlussgründe und qualifizierte Anforderungen an eine Verpflichtungserklärung nach Absatz 1 Satz 2 einschließlich vom Verpflichtungsgeber zu erfüllenden Voraussetzungen zu bestimmen sowie die Anordnungsbezugnis nach Absatz 1 Satz 1 auf andere Stellen zu übertragen. Die Härtefallkommissionen werden ausschließlich im Wege der Selbstbefassung tätig. Dritte können nicht verlangen, dass eine Härtefallkommission sich mit einem bestimmten Einzelfall befasst oder eine bestimmte Entscheidung trifft. Die Entscheidung für ein Härtefallersuchen setzt voraus, dass nach den Feststellungen der Härtefallkommission dringende humanitäre oder persönliche Gründe die weitere Anwesenheit des Ausländers im Bundesgebiet rechtfertigen.

(3) Verzieht ein sozialhilfebedürftiger Ausländer, dem eine Aufenthaltserlaubnis nach Absatz 1 erteilt wurde, in den Zuständigkeitsbereich eines anderen Leistungsträgers, ist der Träger der Sozialhilfe, in dessen Zuständigkeitsbereich eine Ausländerbehörde die Aufenthaltserlaubnis erteilt hat, längstens für die Dauer von drei Jahren ab Erteilung der Aufenthaltserlaubnis dem nunmehr zuständigen örtlichen Träger der Sozialhilfe zur Kostenerstattung verpflichtet. Dies gilt entsprechend für die in § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch genannten Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts.“

Der Berliner Senat hat am 26.10.2004 eine Härtefallkommissionsverordnung (HFKV) beschlossen, die am 08.01.2005 in Kraft getreten ist (GVBl. S. 12). Die Berliner Härtefallkommissionsverordnung, die Änderungsverordnung sowie weitere Informationen rund um das Thema Härtefallkommission sind im Internet unter <https://www.berlin.de/sen/inneres/buerger-und-staat/aufenthaltsrecht/haertefallkommission/> abrufbar.

1.1. Zusammensetzung der Härtefallkommission und Antragstellung

Die Berliner Härtefallkommission setzt sich gemäß § 2 HFKV aus jeweils einem Vertreter bzw. einer Vertreterin

- des Beauftragten des Berliner Senats für Integration und Migration,
- der für Frauenpolitik zuständigen Senatsverwaltung,
- der römisch-katholischen Kirche,
- der evangelischen Kirche,
- der Liga der Wohlfahrtsverbände,
- des Flüchtlingsrats Berlin sowie
- des Migrationsrats Berlin-Brandenburg e. V.

zusammen.

Die Mitglieder der Härtefallkommission und ihre Stellvertreter und Stellvertreterinnen, die über Kenntnisse des Aufenthalts- und Asylrechts und/oder über Erfahrungen in der Migrations- und Flüchtlingsberatung verfügen, werden von den entsendenden Organisationen für zwei Jahre benannt. Eine wiederholte Benennung ist zulässig.

Für das Härtefallverfahren gilt der Grundsatz der Selbstbefassung. Vollziehbar ausreisepflichtige Ausländerinnen und Ausländer können Härtefallanträge nicht direkt bei der Kommission stellen oder verlangen, dass sich die Härtefallkommission mit ihrem Fall befasst oder eine bestimmte Entscheidung trifft. Vielmehr muss das Härtefallersuchen von einem von den Betroffenen ausgewählten Kommissionsmitglied befürwortet und durch eine schriftlich begründete Anmeldung bei der Geschäftsstelle der HFK, die bei der Senatsverwaltung für Inneres und Sport angesiedelt ist, zur Beratung eingebracht werden. Die Umstände, die einen weiteren Aufenthalt im Bundesgebiet aus dringenden humanitären oder persönlichen Gründen rechtfertigen könnten, sind in der Anmeldung darzulegen. Dieser ist ebenso eine datenschutzrechtliche Einverständniserklärung der betroffenen Person beizufügen.

Eine Übersicht der Kommissionsmitglieder sowie ihrer Stellvertreter bzw. Stellvertreterinnen nebst Kontaktdaten ist diesem Bericht als **Anlage 1** beigefügt.

1.2. Die Geschäftsstelle der Härtefallkommission

Zur Unterstützung der Härtefallkommission sowie als Anlauf- und Koordinierungsstelle ist bei der Senatsverwaltung für Inneres und Sport eine Geschäftsstelle eingerichtet. Diese ist organisatorisch dem Referat I B – zuständig für Einwanderungs-, Aufenthalts- und Staatsangehörigkeitsrecht – angegliedert. Die Referatsleiterin ist zugleich Vorsitzende der Geschäftsstelle der Härtefallkommission. Die Geschäftsstelle war in dem Berichtszeitraum mit fünf Mitarbeitenden besetzt, die allerdings nicht ausschließlich mit der Bearbeitung von Härtefallanträgen befasst sind.

1.2.1. Zulässigkeitsprüfungen

Jeder Einzelfall, der durch ein Kommissionsmitglied zur Beratung durch die Kommission angemeldet wird, wird zunächst durch die Geschäftsstelle hinsichtlich der in der Berliner Härtefallkommissionsverordnung (HFKV) geregelten möglichen Ausschlussgründe geprüft.

Unzulässig gemäß § 3 Absatz 2 Satz 1 HFKV ist ein Antrag für eine Person,

1. die sich nicht in der Bundesrepublik Deutschland aufhält,
2. für die das Landesamt für Einwanderung (LEA) nicht zuständig ist,
3. deren Fall schon behandelt wurde, ohne dass sich die der vorherigen Entscheidung zugrundeliegende Sach- und Rechtslage nachträglich ihren zugunsten geändert hat,
4. die einen Versagungsgrund nach § 5 Absatz 4 des Aufenthaltsgesetzes erfüllt oder
5. deren Asylantrag abgelehnt und der Abschiebungsschutz nicht gewährt wurde, sofern sie lediglich Gründe vorbringt, die als herkunftsstaatsbezogene Gründe abschließend vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geprüft worden sind.

In der Regel unzulässig gemäß § 3 Absatz 2 Satz 2 HFKV ist der Antrag für eine Person,

1. die wegen der Begehung einer oder mehrerer vorsätzlicher Straftaten zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe von mehr als drei Jahren wegen zumindest eines Verbrechens rechtskräftig verurteilt worden ist, wobei im Falle einer Gesamtstrafenbildung die Höhe der Gesamtstrafe und nicht eine Addition der Einzelstrafen maßgeblich ist,
2. gegen die unabhängig von Nummer 1 eine Ausweisung auf der Grundlage eines sonstigen besonders schwerwiegenden Ausweisungsinteresses nach § 54 Absatz 1 Nummer 2 bis 5 des Aufenthaltsgesetzes bestandskräftig verfügt wurde oder solche Ausweisungsgründe bestehen,
3. für die ein Rückführungstermin bereits konkret feststeht oder
4. die sich in einem Asylverfahren befindet, für dessen Durchführung ein anderer Mitgliedstaat der Europäischen Union als die Bundesrepublik Deutschland aufgrund einer auf Artikel 78 Absatz 2 Buchstabe e) des Vertrages über die Arbeitsweise der europäischen Union gestützten Verordnung zuständig ist.

Ein Ausnahmegrund zu § 3 Absatz 2 Satz 2 Nummer 3 HFKV ist festzustellen, wenn

1. die Person ohne Verschulden verhindert war, sich an ein Mitglied der Härtefallkommission zu wenden, oder das Mitglied der Härtefallkommission ohne Verschulden gehindert war, den Antrag rechtzeitig einzureichen, wobei das Verschulden des antragstellenden Mitglieds der Person zuzurechnen ist,
2. der Antrag binnen der Frist zur freiwilligen Ausreise der Geschäftsstelle zugegangen ist oder
3. der Antrag offensichtlich begründet ist.

Unerheblich ist dabei, ob der Härtefallgrund vor oder nach Feststehen des Rückführungstermins entstanden ist. Sofern der Rückführungstermin verstrichen ist und die Rückführung nicht erfolgen konnte, wird ein ursprünglich unzulässiger Härtefallantrag ab dem Zeitpunkt des Scheiterns der Rückführung grundsätzlich als zulässig angesehen. Eine oder mehrere Anschlussbuchungen führen allerdings zum Ausschluss des vor dem ersten Abschiebungstermin als unzulässig erachteten Härtefallverfahrens. Die Zulässigkeit eines weiteren Antrags unter Beachtung des § 3 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 HFKV bleibt unberührt.

Ein Ausnahmegrund hinsichtlich § 3 Absatz 2 Satz 2 Nummer 4 HFKV ist festzustellen, solange nach Feststellung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge ein temporäres, inlandsbezogenes Abschiebungshindernis besteht.

1.2.2. Vorbereitung der Kommissionssitzungen

Ist ein zulässiger Härtefallantrag bei der Geschäftsstelle der Härtefallkommission eingegangen, fordert die Geschäftsstelle die entsprechenden Verwaltungsvorgänge bei dem LEA an und bittet, von aufenthaltsbeendenden Maßnahmen bis zum Abschluss des Härtefallverfahrens abzusehen. Darüber hinaus wird das LEA gebeten, eine Prüfung und Bewertung der fachlichen Aspekte des Aufenthaltsrechts für die jeweiligen Einzelfälle durchzuführen und der Geschäftsstelle das Ergebnis in Form einer schriftlichen Stellungnahme zu übermitteln. Hierbei wird auch geprüft, ob die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach einer anderen Rechtsgrundlage in Betracht kommen würde.

Für die zur Beratung zugelassenen Härtefallanträge werden Aktenauszüge gefertigt. Diese sind möglichst chronologisch darzustellen, damit der aufenthaltsrechtliche Werdegang der betroffenen Ausländerinnen und Ausländer und ihre erbrachten Integrationsleistungen für alle am Härtefallverfahren Beteiligten klar und verständlich werden. Diese Aktenauszüge bilden die Grundlage für die Beratungen und Abstimmungen in den Kommissionssitzungen.

1.3. Beratung und Votum der Härtefallkommission

Die Kommissionssitzungen finden auf Einladung der Vorsitzenden der Geschäftsstelle oder ihrer Stellvertretung statt. Die Sitzungen werden in einem grundsätzlich vierwöchigen Rhythmus durchgeführt. Die Frequenz der Sitzungen wird an die Anzahl der zu beratenden Härtefallanträge angepasst.

Jeder für zulässig erachtete Härtefall, der in der Kommission beraten wird, wird von einem Kommissionsmitglied angemeldet und betreut. Dieses Mitglied berichtet über die Biografie samt aufenthaltsrechtlicher Vorgeschichte der angemeldeten Person und trägt die wichtigsten Aspekte des Härtefallantrages vor. Die gewonnenen Eindrücke und Erkenntnisse aus den ersten und weiteren Gesprächen mit dem oder der Betroffenen sind regelmäßig Bestandteil des Sachvortrages. Anschließend werden die übrigen Mitglieder der Kommission um ein Votum gebeten. Haben zwei Drittel der anwesenden, stimmberechtigten Kommissionsmitglieder ein positives Votum abgegeben, wird ein Härtefallersuchen an die Senatorin für Inneres und Sport gerichtet. Die Voraufenthalte und insbesondere die Aufenthaltsdauer in Deutschland, die Deutschkenntnisse, die erworbenen Qualifikationen bzw. die erfolgreiche schulische Integration sowie die wirtschaftliche und soziale Integration, aber auch besondere humanitäre Aspekte wie z. B. die gesundheitliche Situation und die Folgen einer Rückkehr in das jeweilige Herkunftsland dienen als Grundlage des Votums der Kommission. Wesentliche Punkte, die vor dem abschließenden Votum in der Kommission auch berück-

sichtigt werden, sind die Identitätsklärung der Betroffenen, ihre Mitwirkung bei der Passbeschaffung sowie das Vorliegen und die Schwere der gegebenenfalls begangenen Straftaten.

Hierbei ist die Festlegung allgemeingültiger Entscheidungskriterien wegen der individuellen und vielfältigen Lebenssachverhalte nicht möglich. Dringende humanitäre oder persönliche Gründe, die für einen Verbleib in Deutschland sprechen, lassen sich immer nur einzelfallbezogen betrachten, da sie z. B. aus einem schweren persönlichen Schicksal und/oder aus einer nachhaltigen Integration resultieren können. Dabei werden auch gesundheitliche oder persönliche Hindernisse, die einem Spracherwerb oder einer beruflichen oder wirtschaftlichen Integration entgegenstehen können, besonders berücksichtigt. Jeder Einzelfall wird ausführlich beraten und angesichts des Vorgetragenen und der vorgelegten Unterlagen wird von der Kommission entschieden, ob ein Ersuchen an die Senatorin für Inneres und Sport gerichtet wird oder nicht.

Maßgeblich ist nach der gesetzlichen Intention des § 23a AufenthG, dass in dem konkreten Einzelfall die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis aufgrund besonderer persönlicher oder humanitärer Umstände ggf. auch unter bestimmten Auflagen ermöglicht wird, die nicht durch die verschiedenen gesetzlichen Regelungen des AufenthG angemessen erfasst werden können. Die Härtefallregelung hat eine gesetzliche Auffangfunktion, um nicht beabsichtigte Härten des Aufenthaltsgesetzes zu vermeiden und Menschen eine Bleibeperspektive aufgrund ihrer Integration oder ihrer besonderen Schutzbedürftigkeit zu geben. Hierbei werden auch die Dauer des Aufenthalts, ein regelkonformer Aufenthalt, Bindungen in Deutschland, gesellschaftliches Engagement, die Vorlage von Ausweisdokumenten, die berufliche und persönliche Situation, der aufenthaltsrechtliche Status und die Zumutbarkeit einer freiwilligen Ausreise umfassend abgewogen und gewürdigt. Dafür müssen entsprechende Anforderungen erfüllt werden, da nicht jeder Fall einer ausreisepflichtigen Person einen Härtefall aus dringenden humanitären oder persönlichen Gründen darstellt. Es sind vielmehr Ausnahmefälle, die ein Aufgreifen rechtfertigen. Es gibt keinen gerichtlich einklagbaren Anspruch auf Anerkennung eines Härtefalls für die Betroffenen. Durch das ausschließliche Vorschlagsrecht der Mitglieder der Härtefallkommission wird sichergestellt, dass sich nur erfahrene Personen aus der Zivilgesellschaft das Anliegen eines Härtefalls zu eigen machen und sich für die Betroffenen in einem geordneten Verfahren einsetzen können.

1.4. Entscheidung der Senatorin für Inneres und Sport

Im Anschluss an die Kommissionssitzungen leitet die Vorsitzende der Geschäftsstelle alle Unterlagen nebst dem Vorschlag der Härtefallkommission mit einer Empfehlung an die Senatorin für Inneres und Sport weiter.

Die Senatorin ist nicht an die Wertungen und den Vorschlag der Kommission gebunden. Sie entscheidet frei, ob und ggf. unter welchen Bedingungen und Auflagen der weitere Aufenthalt ermöglicht wird. Jede Entscheidung der Senatorin, ein Ersuchen gemäß § 23a AufenthG nicht aufzugreifen, ist gegenüber dem betreuenden Kommissionsmitglied schriftlich zu begründen. Nach der Entscheidung der Senatorin informiert die Geschäftsstelle zunächst die Kommissionsmitglieder und weist sodann das LEA an, die Entscheidung umzusetzen. Die Kommissionsmitglieder werden stets vor dem LEA über die Entscheidung der Senatorin informiert. Sie können bei einer ablehnenden Entscheidung der Senatorin innerhalb von vierzehn Tagen dagegen schriftlich remonstrieren und das Vorliegen einer Härte durch neue Sachvorträge begründen. Mit der Remonstration ist die Bitte an die Senatorin verbunden, ihre Erstentscheidung zu überdenken. Das LEA wird erst nach endgültiger Entscheidung der Senatorin über das Ergebnis informiert. Wird das Ersuchen aufgegriffen, ergeht im Wege der Fachaufsicht eine Weisung an das LEA, eine Aufenthaltserlaubnis gemäß § 23a AufenthG zu erteilen, die ggf. an die Erfüllung bestimmter einzelfallabhängiger Auflagen geknüpft wird. Im Regelfall wird die Aufenthaltserlaubnis für drei Jahre erteilt, die Weisung kann aber auch für kürzere Zeiträume ergehen und etwa mit der Auflage verbunden sein, den Lebensunterhalt vollständig ohne Inanspruchnahme öffentlicher Leistungen zu sichern oder erfolgreich einen Sprachkurs zu absolvieren.

Eine grafische Darstellung des Ablaufs des HFK-Verfahrens ist dem Bericht als **Anlage 2** beigelegt.

2. Statistik

2.1. Zahlenüberblick 2005-2025

Die folgende Tabelle stellt die Antrags- und Entscheidungszahlen seit dem Jahr 2005 dar:

Jahr	Anmeldungen	beratene Fälle	davon Ersuchen	davon stattgegebene Ersuchen	stattgegebene Ersuchen in % der gestellten Ersuchen
2005	Keine Angabe *	430	291	187	64,3
2006	keine Angabe *	403	273	157	57,5
2007	keine Angabe *	221	154	92	59,7

2008	keine Angabe *	210	140	96	68,6
2009	keine Angabe *	245	196	133	67,9
2010	keine Angabe *	258	213	127	59,6
2011	keine Angabe *	227	196	137	69,9
2012	265	154	150	97	64,7
2013	329	206	195	111	56,9
2014	288	183	173	67	38,7
2015	252	229	225	112	49,8
2016	358	133	130	76	58,5
2017	366	272	262	182	69,5
2018	289	238	231	175	75,8
2019	296	192	188	140	74,5
2020	234	159	152	110	72,4
2021	269	223	215	165	76,7
2022	305	207	202	176	96,1
2023	278	191	158	143	90,5
2024	283	227	211	189	89,6
2025	367	221	217	186	85,7

* Neuanmeldungen und Verlängerungsfälle wurden gemeinsam erfasst, daher kein vergleichbares Zahlenmaterial.

2.2. Anträge und Erledigungen in 2025

Für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2025 ergaben sich zusammengefasst die nachfolgend dargestellten Eingangszahlen:

	Anträge	Person/en
eingegangene Härtefallanträge in 2025	367	656
am 01.01.2025 noch offene Anträge aus dem Vorjahr	132	210
in 2025 abschließend bearbeitete Anträge	301	501
offene Anträge am 31.12.2025	198	365

Im Jahr 2025 wurden 301 Härtefallanträge abschließend bearbeitet. Hierbei handelt es sich um 169 Fälle aus dem Jahr 2025 und 132 Fälle, die in dem Jahr 2024 eingegangen, durch die Härtefallkommission beraten und/oder durch die Senatorin Spranger entschieden worden sind, deren Bearbeitung jedoch erst im Jahr 2025 abgeschlossen werden konnte.

Senatorin Spranger hat über 217 Ersuchen der Härtefallkommission (betreffend 342 Personen) entschieden. In 186 Fällen (betreffend 286 Personen) traf sie eine positive Entscheidung. In 23 Fällen konnte eine andere Aufenthaltserlaubnis auf anderer Rechtsgrundlage erteilt werden, 24 Fälle wurden vor, während oder nach einer Sitzung der Härtefallkommission zurückgenommen, und 22 Anträge waren unzulässig. In einem Fall verstarb die Person leider. In 23 Fällen hat die Senatorin das Ersuchen nicht aufgegriffen.

Zum Jahresende 2025 konnten nicht alle in dem Jahr eingegangenen und bearbeiteten Anträge auch abgeschlossen werden. Zum Stichtag 31.12.2025 waren 198 Anträge noch offen. Diese Fälle werden in die Ergebnisstatistik des Tätigkeitsberichts 2026 einfließen.

unzulässige Anträge	Anträge	Person/en
konkreter Rückführungstermin steht fest	11	27
Erheblicher Widerstand bei dem Rückführungsversuch	1	1
LEA Berlin nicht zuständig	5	8
rechtskräftige strafrechtliche Verurteilung zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe von mehr als drei Jahren wegen zumindest eines Verbrechens	0	0
nicht vollziehbar ausreisepflichtig	4	4
nicht im Bundesgebiet aufhältig	0	0
Zweit Antrag ohne neuen Sachvortrag	1	4

anderweitige Erledigung	Anträge	Person/en
Rücknahme	24	43
Aufenthaltserlaubnis auf anderer Rechtsgrundlage erteilt	23	28
freiwillige Ausreise	0	0

Im Jahr 2025 betrug die durchschnittliche Bearbeitungszeit für Härtefallanträge rund fünf Monate von der Antragstellung bis zur Umsetzung der Entscheidung. Die durchschnittliche Bearbeitungszeit des Vorjahres konnte somit erfreulicherweise trotz gestiegener Fallzahlen auch im Jahr 2025 beibehalten werden. Verzögerungen der Bearbeitungszeit treten in erster Linie dadurch ein, dass zunächst vorrangig in Betracht kommende Aufenthaltstitel vorab vom LEA geprüft werden müssen. Weitere Verzögerungen im Verfahren treten auf, wenn erst kurzfristig vor den entsprechenden Sitzungen neue Unterlagen vorgelegt werden, und die Beratung vertagt werden muss. Die Geschäftsstelle strebt an, die durchschnittliche Bearbeitungszeit von sechs Monaten vom Antrag bis zur endgültigen Entscheidung nicht zu überschreiten, da die Betroffenen zeitnah Klarheit über ihre Bleibeperspektive erhalten sollen. Zugleich soll verhindert werden, dass durch die Stellung eines aussichtslosen Härtefallantrages die Durchsetzung der Ausreisepflicht verzögert wird, da die Betroffenen in der Zeit der Prüfung des Härtefalls nach der Praxis in Berlin bis zur Entscheidung nicht abgehoben werden dürfen.

2.3. Strukturelle Erkenntnisse zum Personenkreis der Antragsteller/-innen

Der Personenkreis von insgesamt 656 Personen, für die ein Härtefallantrag im Jahr 2025 eingegangen ist, setzt sich wie folgt zusammen:

Altersstruktur	Person/en	Anteil in Prozent (gerundet)
< 18 Jahre	206	31,4
18 bis 25 Jahre	95	14,5
26 bis 45 Jahre	262	40,0
46 bis 65 Jahre	81	12,3
> 65 Jahre	12	1,8

Geschlechterverteilung	Person/en	Anteil in Prozent (gerundet)
Weiblich	284	43,3
Männlich	372	56,7

Familienverhältnisse	Person/en	Anteil in Prozent (gerundet)
Einzelpersonen	270	41,2
Familienverbund mit (auch volljährigen) Kindern	376	57,3
Eheleute ohne Kinder	10	1,5

In der folgenden Tabelle sind die Herkunftsländer aufgelistet, aus denen der größte Anteil der Antragstellerinnen und Antragsteller stammt:

Herkunftsländer	Person/en	Anteil in Prozent (gerundet)
Türkei	161	24,5
Georgien	144	22,9
Aserbaidschan	44	6,7
Armenien	38	5,7
Moldau	36	5,5
Serbien	30	4,5
Bosnien und Herzegowina	16	2,4
Russische Föderation	15	2,2
Nigeria	13	1,9
Albanien	12	1,8

Eine Übersicht über alle Herkunftsländer ist diesem Bericht als **Anlage 3** beigefügt.

Danksagung

Vor dem Hintergrund der inzwischen mehr als zwanzigjährigen engagierten, vertrauensvollen und konstruktiven Zusammenarbeit mit den Mitgliedern der Härtefallkommission konnten auch im Jahr 2025 erneut zahlreiche aufenthaltsrechtliche Perspektiven eröffnet werden. Vor dem Hintergrund, dass mit dem 31.12.2025 das Chancenaufenthaltsrecht ausgelaufen ist und das im Koalitionsvertrag des Bundes vorgesehene Bleiberecht für gut integrierte Geduldete noch immer nicht eingeführt wurde, ist weiterhin mit einem Anstieg der Antragszahlen zu rechnen. Die Arbeit der Härtefallkommission gewinnt damit weiter an Bedeutung.

Die Mitarbeitenden des LEA stehen der Geschäftsstelle der Härtefallkommission weiterhin als fachkundige und verlässliche Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner zur Seite und leisten damit einen wesentlichen Beitrag zum Erfolg der Arbeit der Härtefallkommission.

Mein Dank gilt daher allen Beteiligten, die sich kontinuierlich mit großem Einsatz und Einfühlungsvermögen einbringen und auf diese Weise vielen Menschen in Berlin eine gute Bleibeperspektive ermöglichen.

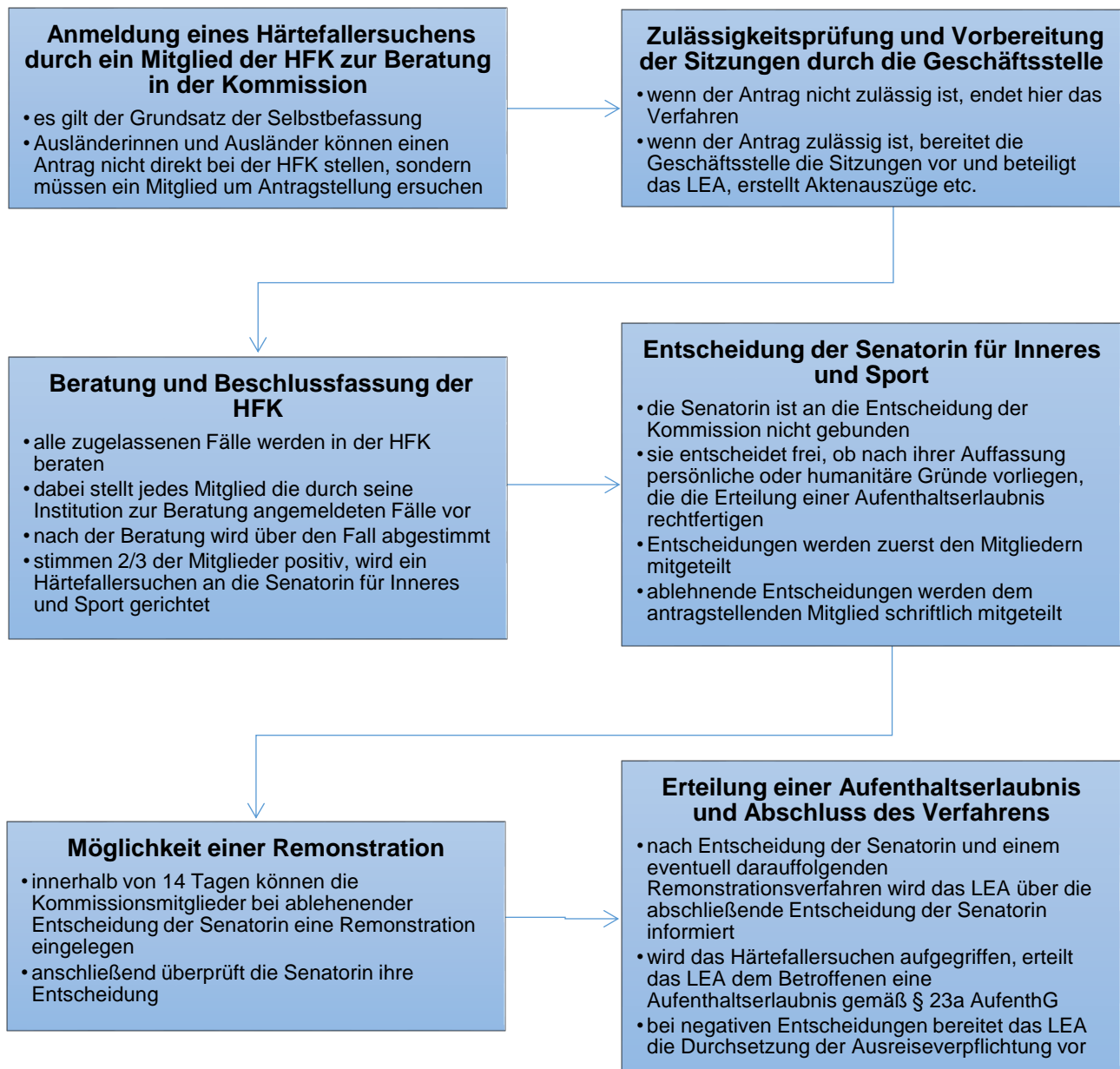
Anke Rienitz

- Vorsitzende der Geschäftsstelle der Härtefallkommission -

Anlage 1 - Mitglieder der Härtefallkommission (Stand: April 2026)

Entsendende Organisation	Kommissionsmitglied	Stellvertreter/ Stellvertreterin
Willkommenszentrum – Beratungsstelle der Beauftragten des Berliner Senats für Integration und Migration	Fr. Frauke Steuber	Fr. Amir-Haeri
Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung	Fr. Murielle Merville	Fr. Laura Miczka
Erzbistum Berlin – Forum der Jesuiten	Hr. Kerollous Shenouda	Fr. Karolina Hoser Grancho
Evangelische Kirche Berlin- Brandenburg-Schlesische Oberlausitz – Evangelisches Zentrum	Hr. Matthias Lehmann	Fr. Cecilia Juretzka
Liga der Wohlfahrtsverbände	Hr. Fehmi Katar	Fr. Kitty Thiel
Flüchtlingsrat Berlin e. V.	Hr. Tobias Jung	Fr. Emily Barnickel
Migrationsrat Berlin-Brandenburg e. V.	Fr. Magdalena Benavente	Fr. Dr. Victoria Faison

Anlage 2 - Ablauf eines HFK-Verfahrens



Anlage 3 - Statistik Herkunftsländer

Herkunftsland	Personenanzahl		
Türkei	161	Brasilien	2
Georgien	144	Irak	2
Aserbaidtschan	44	Kirgisistan	2
Armenien	38	Libyen	2
Moldau	36	Marokko	2
Serbien	30	Senegal	2
Bosnien und Herzegowina	16	Syrien	2
Russische Föderation	15	Algerien	1
Nigeria	13	Äthiopien	1
Albanien	12	Burkina Faso	1
Guinea	11	China	1
Ägypten	9	Dominikanische Republik	1
Ghana	9	Indonesien	1
Mazedonien	9	Israel	1
Kosovo	8	Kolumbien	1
Pakistan	8	Kuba	1
Venezuela	7	Philippinen	1
Iran	6	Sierra Leone	1
Bangladesch	5	Simbabwe	1
Indien	5	Sri Lanka	1
Libanon	5	Tadschikistan	1
Mali	5	Turkmenistan	1
Chile	4	Ukraine	1
Gambia	4	Ungeklärt	1
Kamerun	4	Usbekistan	1
Vietnam	4	Gesamtpersonen-	
Afghanistan	3	anzahl	656
Ecuador	3		
Nepal	3		
Peru	3		